

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Detlev Spangenberg, Marc Bernhard, Jürgen Braun, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/20115 –

Die Reform der Weltgesundheitsorganisation – Für mehr Transparenz in der globalen Gesundheitspolitik

A. Problem

Die Antragsteller konstatieren, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) fungiere als leitende und koordinierende Stelle des internationalen Gesundheitswesens. Durch den Austritt der USA werde mit der Bill & Melinda Gates Stiftung zum ersten Mal ein nichtstaatlicher Akteur größter und einflussreichster Geldgeber der WHO. Da rund 80 Prozent des WHO-Haushaltes zweckgebunden von privaten Geldgebern und freiwilligen Regierungszuschüssen finanziert würden, wachse insbesondere der Einfluss von privaten Akteuren, die oftmals mit Pharmakonzerne verflochten seien.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern, dass sich die Bundesregierung für eine transparente, demokratische und unabhängige Arbeitsweise und eine Reform des Finanzierungsmodells der WHO einsetze. Zudem müsse Deutschland im oberen Führungsbereich der WHO stärker vertreten sein.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20115 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Der Ausschuss für Gesundheit

Erwin Rüdgel
Vorsitzender

Heike Baehrens
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Heike Baehrens

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20115** in seiner 166. Sitzung am 18. Juni 2020 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller konstatieren, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) fungiere als leitende und koordinierende Stelle des internationalen Gesundheitswesens. Ihr Ziel sei unter anderem das Erforschen und Bekämpfen von übertragbaren Krankheiten und die Prävention und Eindämmung von Epidemien und Pandemien. Deutschland unterstütze die WHO im Zweijahreshaushalt 2018 – 2019 mit insgesamt 292 Millionen US-Dollar (61 Millionen US-Dollar Pflichtbeiträge, 231 Millionen US-Dollar freiwillige Beiträge). Damit sei Deutschland der drittgrößte staatliche Geldgeber. Betrachte man staatliche und nichtstaatliche Geber, liege Deutschland auf Rang fünf hinter den USA, der Bill & Melinda Gates Stiftung, dem Vereinigten Königreich und der Impfallianz GAVI. Durch den Austritt der USA aus der WHO sei nun mit der Bill & Melinda Gates Stiftung zum ersten Mal ein nichtstaatlicher Akteur größter und damit einflussreichster Geldgeber. Inzwischen würden rund 80 Prozent des WHO-Haushaltes von privaten Geldgebern und freiwilligen Regierungszuschüssen finanziert. Diese Mittel seien allerdings zumeist zweckgebunden. Der wachsende Einfluss von privaten Akteuren, die oftmals mit Pharmakonzernen verflochten seien, werde in den Medien und von der Zivilgesellschaft kritisiert. Darüber hinaus sei Deutschland in den oberen Führungsgremien der WHO nicht optimal vertreten.

Die Antragsteller fordern daher, dass sich die Bundesregierung für eine transparente Arbeitsweise der WHO einsetze. Es müsse ein Kriterienkatalog erstellt werden, der die Arbeitsweise, die demokratische Entscheidungsfindung und die Veröffentlichung von Daten regle. Auch das Finanzierungsmodell der WHO müsse überdacht werden. Hierfür solle bei der Weltgesundheitsversammlung geworben werden. Entscheidungen der WHO-Gremien, die sich auf Millionen Menschen auswirkten, sollten transparent und demokratisch getroffen werden, auf unabhängigen Forschungsergebnissen basieren und keine Partikularinteressen verfolgen. Eine industrie-, staaten- oder stiftungszentrierte Politik müsse unterbunden werden. Funktionäre und Wissenschaftler der WHO sollten auf mögliche Interessenskollisionen überprüft werden. Zudem müsse Deutschland im oberen Führungsbereich der WHO stärker vertreten sein.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat die Beratung zum Antrag auf Drucksache 19/20115 in seiner 97. Sitzung am 1. Juli 2020 aufgenommen und abgeschlossen.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 19/20115 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Heike Baehrens
Berichterstatlerin

